

den Eheleuten
und Frau
Politisches
Zeitschriften
Spendenkarte!

ungen,
di:
gen
beglückt.

sch und Frau
kommen!
Baar!
nommen
a Jahr.
den
Kreise,
rieden,
geißt!

[1700]

unfähren Kindern.

n. Mitbegründer

Vereins Rhode

Bongers

ermählung

nleitung

ünsche.

R VORSTAND

1922

Hochzeit

Eheleute

und Frau

nleitung

en

wünsche!

s Sonne

gt,
Sonne
gt.e
gik.egen
ndehen,

h.

reiben,
n dem,n
nBüte,
rt,

rt.

[1701]

ren Kindern.

ster.

rt.

[1700]

Bocholter-Borkener

Volksblatt

Bezugspreis: Durch Boten gebracht 15,00 M., von der Geschäftsstelle abgeholt 14,50 M., durch die Post bezogen 15,00 M. monatlich. Erscheint täglich ausser Sonn- u. Feiertagen. Geschäftsstellen: Bocholt, Nollstr. 6 (Fernsprecher 92), Rheede: J. Heinrichs, Anholt: W. W. Wolling.

Rheder Volkszeitung
Anholt-Isfelburger Zeitung
Organ der Zentrumspartei

Anzeigenpreis: Für Einzelexemplare der 36 Millimeter breite, 1 Millimeter hohe Raum 40 J. Auswärtige 60 J. Tagesanzeigen das Millimeter 2,00 J. Hieran der jeweilige Zuschlag. Anst. u. Angebotsgeb. 1,00 J. Bei Abrechnung, Konturgen usw. wird d. bewilligte Nachsch. einfließen.

Amstlicher Anzeiger des Landratsamts, von Bürgermeisterämtern u. Ämtern des Kreises Borken.

51. Jahrgang

Montag, den 8. Mai 1922

Nummer 107

Zur proletarisierung der Beamten.

Von Dr. Grunenberg-Düsseldorf.

Man braucht heute noch kein erklärter Schwarzgeher zu sein, um sich einzustellen, daß die schlechende Wirtschaftslage unseres Vaterlandes ihr Tempo in den letzten Wochen so außerordentlich beschleunigt hat, daß wir von der Katastrophe nur noch um Haarsbreite entfernt sind. Es ist eine ebenso naheliegende wie brennende Frage, mit welchen Möglichkeiten die Beamten in der unvermeidlichen Zuspitzung der gesamten Wirtschaftslage zu rechnen haben, ob sie imstande sein werden, wie andere Bevölkerungsklassen, sich wieder der veränderten Lage anzupassen, und ob sie ihr gewachsen sind. Wir zählen heute etwa 1 1/2 Millionen Beamte beim Reich, etwa 2 Millionen bei den Ländern, insgesamt an Beamtenauszahlungen etwa 12 Millionen Personen, d. h. ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Angesichts dieser großen Zahl ist die Beamtenfrage heute keine ausschließliche Standesfrage mehr, sondern eine Angelegenheit, die das ganze Volk und Wohl und Wehe dieses großen Volksteiles muß für den gesamten Staat und die Volkswirtschaft von Bedeutung sein.

Die Aussichten für den Beamtenstand auf ein Standhalten in der drohenden Wirtschaftskrisis sind die denkbar schlechtesten, da der durch Krieg und Revolution hervorgerufene Gang der Wirtschaft im Verein mit der bisherigen Besoldungs- und Wirtschaftspolitik des Staates bereits zu einer fast vollständigen Proletarisierung der Beamten geführt hat. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Beamten mit der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung fast aller Volksklassen nicht gleichen Schritt gehalten haben, daß ihre Stellung innerhalb der Volksgemeinschaft relativ gesunken ist. Dieses gilt besonders von den höheren Beamten, die ihrer Bildungstufe gemäß an einem größeren geistigen Lebensinhalt gewöhnt und deshalb auf einen größeren Anteil an den kulturellen Gütern angewiesen sind; weite Kreise haben bereits ihr Vermögen aufgebraucht und sind in eine Schuldenwirtschaft hineingeraten, die um so verhängnisvoller wird, als falsche Scham, Indolenz, eine Zuanpruchnahme sozialer Einrichtungen vermeiden läßt, daß sie lieber Not leiden, als sich der Gemeinshaft, sei es Staat, Gemeinde, Berufsverband irgendwie verpflichtet fühlen zu wollen.

Die Besoldungspolitik, wie sie bisher in Reich und Staat getrieben wird, hat der sozialen Abwärtsbewegung der Beamten kaum Einhalt gebieten können. Gehaltserhöhungen pflegen erst dann einzutreten, wenn die Beamten bereits Monatslang mit unzureichenden Gehältern gekämpft haben. Hierzu kommt, daß die Gehaltserhöhung niemals in demselben Maße stattfindet, als in dem rückliegenden Zeitraum die Kosten der Lebenshaltung gestiegen sind, weil die Mehreinnahmen für Rückstände verbraucht werden müssen. Dabei beträgt die Aufbesserung der Beamtengehälter gegenüber dem Friedensstand nur das Neunfache bei einer Steigerung der Lebenshaltung, die heute mit dem Zwanzigfachen nicht zu hoch eingeschätzt ist und mit diesem geht der Beamte der katastrophalen Zerstörung des Wirtschaftslebens entgegen. Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn die Unruhe und Verstimmung bei den Beamten ständig und in bedrohlichem Maße wächst.

Die Verantwortung für diese Unzufriedenheit trägt aber nicht allein die Besoldungspolitik des Staates als solche, vielmehr und vielleicht in erster Linie die allgemeine Wirtschaftspolitik. Was man dem Beamten mit der einen Hand gibt, wird ihm mit der anderen wieder genommen. Wir bewegen uns hier tatsächlich im Kreise. Was die erhöhten Lebensmittelpreise und die steigende Wohnungsmiete nicht aufheben, das verschlingt zum guten Teil die Steuer, die gerade das feste Beamtengehalt am schärfsten

Schleppende Verhandlungen in Genua.

Fragen der Landwirtschaft.

W.B. Genua, 6. Mai. Spezialbericht des Vertreters des W.B. Ein amtliches Communiqué befragt: Die erste Unterkommision trat gestern vormittag 10 Uhr zusammen. Zunächst wurden zwei von der belgischen und französischen Delegation vorgelegene Artikel angenommen, worin die Staaten aufgefordert werden, mit allen Mitteln die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion zu fördern. Hierauf wurde ein Antrag über Dumping und Preisregime verhandelt. Hierzu lag ein französischer Änderungsantrag vor, es bedürfe einer längeren Erörterung, ob es möglich sei, in letzter Stunde schwierige wichtige Fragen von solcher Tragweite zu prüfen. Nach einem längeren Meinungsaustausch, an dem die Delegierten Großbritannien, Italiens, Frankreichs, Jugoslawiens, Deutschlands und der Schweiz teilnahmen, beschloß die Unterkommision, die Frage an den Völkerbund zu verweisen und ihn zu bitten, sie möglichst bald zu prüfen.

Hierauf wurden die Artikel 50 und 51 des Berichtes der Sachverständigen von London mit einigen formalen Änderungen angenommen, der von der italienischen Delegation beantragt worden war und in dem der Völkerbund aufgefordert wird, das Zusammenwirken mit den internationalen landwirtschaftlichen Instituten zur Ausföhrung der Resolutionen betreffend Zolltarife, Ein- und Ausfuhrverbote, soweit es dafür in Frage kommt, zu erleichtern. Nachdem nunmehr die Unterkommision ihre Arbeiten beendete, legte sie am Nachmittag um 4,30 Uhr den Bericht der Gesamtkommision in der Vollziehung vor.

Antidumping!

W.B. Genua, 6. Mai. Bericht über die Sitzung der Unterkommision des Wirtschaftsausschusses vom 4. Mai vormittags. Der Erörterung lag ein deutscher Antrag zur Befestigung der Antidumping-Maßnahmen zugrunde. Er lautet: Einfuhrbeschränkungen und Sonderzölle, die gegen ein Land wegen der Entwertung seiner Valuta eingeführt worden sind, werden gegenstandslos, sobald die Schwankung in der Währung des betreffenden Landes sich längere Zeit wesentlich verringert, insbesondere keine wesentliche weitere Währungsverschlechterung eintritt. Falls innerhalb von sechs Monaten keine wesentliche Verschlechterung der Währung eines Landes stattfindet, sind, wenn die allgemeine Weltbegünstigung ihm gegenüber noch nicht besteht, die anlässlich der Währungsverschlechterung gegen dieses Land gerichteten Bes-

trüff. So ist die Gehaltsaufbesserung illusorisch und es findet in Wahrheit eine Ausplünderung eines großen Teiles der Bevölkerung statt und wir sind nicht mehr weit von diesem Punkte entfernt, wo dieser große Volksteil gänzlich verarmt ist. Eine verarmte Intelligenz aber ist für Reich und Staat höchst gefährlich. Es ist dringende Pflicht des Staates, in allerhöchster Zeit eine Neuorientierung seiner Wirtschaftspolitik im Sinne einer großzügigen Beamtenpolitik vorzunehmen, sofern er diesen Stand nicht einer gänzlichen Proletarisierung preisgeben will; denn wenn der Staat sieht, wie die von ihm im Interesse der Beamten getroffenen Maßnahmen durch wirtschaftliche Einflüsse ganz oder teilweise aufgehoben werden, wie die den Beamten zugesagten Summen in die Taschen anderer Volksschichten fließen, dann wird er zunächst Vorbehalten treffen müssen, daß das den Beamten zugesagte ihnen selbst auch wirklich zugute kommt. Nimmt man weiter hinzu, daß der entsetzliche Stand der Valuta und die ihr entsprechende Inflationsbewegung noch andauern, daß die Preissteigerung aller Produkte dank der Monopolstellung des Sachverständigen vermutlich noch lange weiter

schänkungen und Sonderzölle alsbald aufzuheben.

Den deutschen Antrag begründete Staatssekretär Hirsch. Er wies darauf hin, daß der deutsche Antrag anstelle des Artikels 40 des Londoner Memorandums treten solle, der vorsieht, daß die Einfuhrbeschränkungen wieder beseitigt werden können, wenn sich 12 Monate lang ein erster Fortschritt in der Stabilität der betreffenden Währung ergab. Der Staatssekretär betonte, daß die Theorie nur begrenzte Geltung habe. Der deutsche Antrag verlange, daß nach Eintritt einer gewissen Stabilisierung die gegen die deutsche Ausfuhr aus Währungsgründen gerichteten Beschränkungen fallen sollten. Eine Bewährungsfrist von sechs Monaten werde eingeführt. Wenn diese Bewährungsfrist abgelaufen sei, müßten die anderen Länder den deutschen Gütern gleichberechtigte Konkurrenzbedingungen gewähren.

Der englische Vertreter schlug vor, diesem Gesichtspunkt des Ausgleichs zwischen dem inneren und äußeren Preisniveau nach dem Vorschlage des deutschen Antrages Rechnung zu tragen.

Der französische Delegierte sprach sich entschieden dagegen aus, daß die Währung eines Landes überhaupt zum Maßstabe irgendwelcher Zollsätze herangezogen werden dürfe.

Schließlich schlug der holländische Vertreter vor, sich grundsätzlich für den deutschen Antrag auszusprechen, vor, die Formulierung der gegenwärtigen Meinungen nur im Protokoll festzustellen und dann in die Abstimmung einzutreten. Der holländische Antrag wurde angenommen.

Russische Ablehnung der Denkschrift?

W.B. Genua, 6. Mai. Von Tag zu Tag verringert sich die Wahrscheinlichkeit, daß Rußland die Denkschrift annehmen wird. Tschitscherin betrachtet es als einen Schritt nach rückwärts. Sie enthalte neue Argumente, die niemals in den vorausgegangenen Besprechungen berührt wurden, z. B. das Verbot politischer Propaganda auf russischem Boden, eine Forderung, die unvereinbar sei mit dem Geist der Sowjetregierung. Ferner könne sich Rußland zu einer Neutralität in dem Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland nicht ohne weiteres verpflichten, umso weniger, als diese Klausel mit einem wirtschaftlichen Abkommen nichts zu tun habe. Ausgeschlossen ist ferner die Rückgabe des rumänischen Eigentums und die Rückerstattung der rumänischen Kriegsschulden. Wir stehen also, sagte Tschitscherin, vor einem vollkommenen Kartenswechsel seitens der Mächte. Die Konferenz hält

gehen wird, so kommt man zu dem Schluß, daß die größte Wahrscheinlichkeit für weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Konsumenten spricht, daß der Abstand zwischen ihnen und den am Produktionsprozeß unmittelbar Beteiligten immer größer werden wird. Kein anderer Stand ist mehr daran interessiert, was für Wege die Wirtschaftspolitik einschlagen wird, als der Beamtenstand mit seinen festen Gehältern; kein Stand ist den Wirkungen der Wirtschaftskrisis so vollkommen preisgegeben wie dieser. Während die freien Gewerbetreibenden sich für die Verteuerung der Lebenshaltung schädlos halten, die Landarbeiter durch Streik ständig ein Machtmittel in Händen haben, um ihre Lage zu verbessern, hat der Beamte die erhöhten Preise zu zahlen, ohne daß er durch Steigerung seiner Leistung oder wirtschaftliche Unternehmung sein Einkommen zu bessern in der Lage wäre. Die Beamten haben kein anderes Mittel, ihre Forderungen durchzusetzen als das moralische Mittel; sie pochen nicht auf ihre Macht, sondern auf ihr gutes Recht und die Gerechtigkeit.

sich nicht mehr an das Abkommen von Cannes und nicht mehr an meinen Brief vom 20. April. Auf die Frage des Vertreters der Tribuna, was die russische Delegation von dem Benehmen Belgiens halte, antwortete Tschitscherin, daß dieser Vorgang die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens noch weiter hinauschiebe. Hält man mit diesem Interview die gestern gemeldete amtliche Schilderung der Matseier in Moskau gegenüber, die russischen Pressestimmen, welche zum äußersten Widerstand aufrufen und die launflustige Stimmung der russischen Delegation, so wird man die Voraussage wagen, daß der russisch-belgische Vertrag auf der bisherigen Basis nicht zustandekommen wird. Mit dem wachsenden Appetit der Mächte auf die russischen Oelfelder wächst auch der Widerstand der Russen. In ihrem Hauptquartier herrscht allgemein die Auffassung, daß sie in Genua durch Zuwarten nichts verlieren und nur gewinnen können.

Frankreich und das russische Memorandum.

W.B. Genua, 7. Mai. Die gestrige Zusammenkunft zwischen Barthou und Lloyd George hatte bereits gestern Abend ein Vorspiel, das die schwierige Lage noch einmal klarstellte. Barthou nämlich hatte dem italienischen Außenminister offiziell als dem Vertreter des Präsidenten der Konferenz Mitteilung gemacht, daß sich Frankreich mit der belgischen Haltung identifiziere, also an einem Memorandum an die Russen nur teilnehmen könne, falls der belgische Antrag in der Frage des nationalisierten Eigentums von den Mächten angenommen würde, während im anderen Falle Frankreich seine Unterschrift unter das Memorandum nicht geben könne. Voraussetzungen war ein Besuch des belgischen Delegationsführers Jaspar bei Schanzer, bei dem der Belgier noch einmal erklärte, daß Belgien aus Gründen der inneren Politik außer Stande sei, von der einmal eingenommenen Haltung abzuweichen, die von sämtlichen Parteien einschließlich der Sozialisten gefordert würden. Diese beiden Erklärungen lassen eigentlich nur den Schluß zu, daß Belgien und Frankreich sich tatsächlich in der Russenfrage von den übrigen 7 Mächten trennen wollen, daß also ein einheitlicher Pakt mit den Russen auf der Konferenz unmöglich wäre.

Die russische Antwort nicht vor Dienstag zu erwarten.

W.B. Genua, 7. Mai. Die Konferenz von Genua steht nach wie vor auf einem toten Punkt. Daß ein Teil der russischen Delegation nach Moskau abgereist ist, wurde von den Westmächten ruhig aufgenommen. Ueberhaupt scheinen es die Russen mit ihrer Antwort nicht allzu eilig zu haben. Aus unterrichteten Kreisen hört man, daß die russische Antwort nicht vor Dienstag zu erwarten sei. Man kann begreifen, daß diese Antwort den Russen ziemlich schwer fallen wird. Schließlich haben ja auch die Westmächte eine Woche gebraucht, um dann noch auseinander zu fallen.

Eine russische Denkschrift über die wirtschaftliche Lage.

W.B. Genua, 7. Mai. Batowski hat der Finanzkommision ein längeres Memorandum über die wirtschaftliche Lage Rußlands überreicht. Das Memorandum geht ausführlich auf die von der russischen Regierung geplanten Maßnahmen betr. die wirtschaftliche Produktion ein. Batowski schätzt die für die russische Landwirtschaft notwendigen Kreditsumme auf 2797 Millionen Goldrubel, die innerhalb 3-4 Jahren in der Landwirtschaft zu investieren wären. Nach dem Memorandum benötigt die russische Industrie ein Kapital von mindestens 1 Milliarde Goldrubel innerhalb von 3 Jahren. Für den Wiederaufbau des Eisenbahnwesens hat Rußland 5 Milliarden Goldrubel, von denen die Hälfte vom Ausland getragen werden muß, nötig. Die Frage, welche Garantien Rußland für derartige Kredite anbieten könne, werden im russischen Memorandum nur summarisch behandelt. Als Garantien werden

auch diese Lasten
att daß sie von
Schaden verursach
gehehenen Zahlen

Reichstag beschloß
Reichstages-
auf
mittags 3 Uhr ein-
wird zunächst den
beraten. Die Be-
die kommende
von Genua soll
kommen, solange
zurückgeführt ist.
tag mit sämtlichen
ab auch die neuen
en. Auch für die
ung ins Auge ge-
über die Kon-
kein bestimmter
Der Reichstags-
Tage nach Berlin
ht aber noch nicht
von ihm zu ma-
Konferenz wird es
wärtigen Ausschuß
geben wird.

Der deutsche

Reichsverband der
Tage vom 21.
seine vierte Mit-
allgemeinen Teil
s Verbandspräsi-
entziffern. Dar-
reter der Reichs-
den Staatsbehör-
digung der deut-
Forderungen aus
n die wichtigsten

Zentralstelle.

unter dem Vor-
sitz die Kommi-
gliederung des
Reichsministe-
r. Die Kommi-
sion mit den ober-
sten Persönlich-
keiten auf Er-
suchen des
Reichsministe-
r, welche die
Land wird. Die
Zentralstelle ihr
in der Öffentlichkeit

Stellungnahme.

Reichstag nahm in
dem Vor-
sitz, einen Ge-
samtentscheidungs-
sitz für die Klein-
besitzer für würdige
Hektar herabge-
setzte Verträge über
ausgedehnt. Das
treten und am

Stellungnahme.

beiden Blättern
is auf den gewis-
sigen, unverrück-
das eine gefestigt
ein: er hat seit
Tag noch nicht
streng nach den

München.

beschiedenheit von
den Tod treu
verehren, die
en. Jedermann
er schildert, wie
brie und seinen
traf, der noch
Ein-
gebt wohl jeder,
Umstand, daß
stische mit dem
bringen, in un-
nünftig abgelehrt
es vielfach auf
s Manneswort,
mehr den alten

Stellungnahme.

da uns das
ich sonst so viel
gen uns selbst
haben ja außer
hr. Sollen wir

Vereinfachung und Verbilligung der Staats- verwaltungen.

1. Berlin, 6. Mai. Bekanntlich war durch
einen Antrag des Hauptausschusses des Reichs-
tages ein Ausschuß zur Vereinfachung und Ver-
billigung der Staatsverwaltungen eingesetzt
worden. Dieser Ausschuß ist später durch den
Zutritt von Mitgliedern des Reichstages und eini-
ger sonstiger kompetenter Persönlichkeiten um-
gestaltet worden. Der Ausschuß untersteht der
Leitung des Reichsministers des Innern und
seht seine Arbeiten fort. Daneben hat die
Reichspost- und Telegraphenverwaltung aus
eigener Initiative einen Ausschuß einberufen,
der dieselben Aufgaben für die Reichspost- und
Telegraphenverwaltung vornehmen soll. Vor-
sitzender des Ausschusses ist Reichstagsabgeord-
neter Deltus. Der Ausschuß, der seine Tätigkeit
selbst zu bestimmen hat, berät sich mit seinen
Arbeiten eine Denkschrift des Reichspostmini-
sters über das, was bereits hinsichtlich der
Wirtschaftlichkeit der Postverwaltung unternom-
men und in Zukunft noch beabsichtigt ist.

Der Ausschuß hat nach Einteilung in vier
Unterausschüsse seine Tätigkeit aufgenommen.
Nach Beschäftigung von Berliner Verkehrsein-
richtungen haben bereits weitere Prüfungen der Be-
triebe im Reich auf ihre Wirtschaftlichkeit statt-
gefunden. Ueber das Ergebnis wird der Aus-
schuß nach Abschluß seiner Ermittlungen ein-
gehend begründete Vorschläge machen.

Beamtenfragen.

1. Berlin, 5. Mai. Der Beamtenausschuß
des Reichstages unterbrach seine Beratungen,
um eine Erklärung des Ministerialdirektors v.
Schlieben über den Stand der Befolungsfragen
mitzuteilen. v. Schlieben erinnerte daran,
daß im Februar bei der Aufstellung des letzten
Entwurfs zur Verringerung der Befolungs-
ordnung die Reichsindeksiffer 1989 betrug, bei der
Verabschiedung der Vorlage im März aber schon
auf 2002 gestiegen war, und das Ergebnis für
April dürfte die Indeziffer 2800 ergeben. Diese
Preissteigerung zwingt zur schnellen Erhöhung
der Beamtenbezüge. Nebner berichtete sodann
über die bekannten Forderungen der Spitzenor-
ganisationen und betonte, daß eine Annäherung
auf mittlerer Linie fast erreicht worden sei. Be-
dauerlicherweise sei eine Einigung mit den Spit-
zenorganisationen nicht zu erreichen gewesen. Die
Reichsregierung sei in Uebereinstimmung mit
den Ländern bereit, zu den bisherigen Bezügen
einen allgemeinen Zuschlag von 35 Prozent und
einen Zuschlag auf die ersten 10 000 Mark von
25 Prozent zu geben, so daß insgesamt 65 Pro-
zent und 120 Prozent vom 1. Mai ab zu zahlen
wären.

226 Milliarden Papiermark zur Vertragsausführung.

Der Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1922
ist einer völligen Umarbeitung unterzogen worden.
Denn die unter dem Druck des Londoner Ultimatums
immer mehr in ihren Kurs herabsinkende Mark hat
die zwingende Notwendigkeit ergeben, eine Umre-
chnung des Haushaltsplanes auf den weiter ge-
legenen Entwerfungsstadium vorzunehmen. Wäh-
rend der Haushaltsplan aufgestellt worden war unter
einer Zugrundelegung eines Umrrechnungsverhält-
nisses von 45 Papiermark für eine Goldmark muß-
ten nunmehr die Zahlen abgeändert werden, da die
Verhältnisziffer bereits auf 60 gestiegen ist. Da-
durch sind nicht nur die Summen ins Gewicht
angewachsen, die der deutsche Staat für die Ab-
tragung der von der Entente erhobenen Forderungen
aufbringen soll, sondern auch diejenigen Kosten, die
ein getragene erfüllendes Bild von der rick-
sichtslosen Verschwendung des deutschen Volksgutes,
die wir zum Zwecke der Unterhaltung der Besatzung
und der vielerlei Kommissionen der Entente auf-
wenden müssen. Für das Jahr 1922 fordert man
von Deutschland auf Grund des Londoner Ultima-
tums und der vor noch nicht langer Zeit eingetrof-
fenen sogenannten Stundungsnote die Summe von
720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen
Goldmark in Schatzwerten. Wenn man die neben die-
sen Belastungen noch aus dem Friedensvertrage ver-
bleibenden Verpflichtungen hinzurechnet, dann ergibt
sich für das Jahr 1922 zum Zweck der Ausführung
des Friedensvertrages die ungeheure Gesamtbe-
lastung von insgesamt 226 496 739 410 Papiermark,
das sind rund 3775 M pro Kopf der deutschen Bevöl-
kerung.

Ueber die Art und Weise, wie deutsche Arbeits-
kraft und deutsches Volksgut verschleudert wird, gibt
am besten Aufschluß ein tieferer Einblick in die ein-
zelnen Positionen, die der Ausgabenetat für die Be-
satzung und die interalliierten Kommissionen ent-
hält. 3 Milliarden werden allein für das Jahr 1922
angefordert für Neubauten, für Offizierswohnungen,
Bürobüros, Kasernen, Flugplätze, Reiselwagen,
Gegenzugplätze, Sportplätze und Schulen. Und es
verdient ganz besonders hervorgehoben zu werden,
daß unsere Finanzverwaltung auch hasstbar gemacht
wird für Schäden, die allein auf das Konto der Mit-
glieder der Entente-Kommissionen zu setzen sind. Der
Etat enthält nämlich eine Position für Entschädig-
ung von Automobilunfällen, die durch Vertre-
ter der interalliierten Kommission verursacht
worden sind. Wenn also durch die vorchriftsmä-
ßige Autorsatzerei der Ententeoffiziere deutsche
Staatsbürger zu Schaden kommen, dann bildet
man auch diese Lasten dem deutschen Volke auf,
anstatt daß sie von denen getragen werden, die
den Schaden verursacht haben. Diese von uns
angegebenen Zahlen geben ein erschütterndes

Bild von den ungeheuren Lasten, die auf die
Schultern des deutschen Volkes mit Willkür und
Unvernunft gewälzt werden. Wie man auch nur
im geringsten eine Deckung für so ungeheure Auf-
wendungen finden und schaffen will, das ist uns
unerfindlich. Denn eine erneute Steuerfrage ist
bei der bisher erfolgten Auspressung des deutschen
Volkes so gut wie unmöglich. Unsere erste Haupt-
forderung wird zweifellos dahingehen müssen,
immer wieder mit allem Nachdruck darauf zu
dringen, daß durch eine erhebliche Verminderung
der Besatzungstruppen zunächst einmal die Be-
satzungskosten auf ein vernünftiges Maß zurück-
geführt werden.

Gibt Steuererleichterungen für Kinderreiche?

Die „Köln. Volksztg.“ schreibt: Wir sprechen in
Deutschland sehr viel von sozialen Dingen. Wenn
sich aber jemand der Mühe unterzieht, unser heutiges
und unser früheres Steuersystem miteinander zu ver-
gleichen, da wird er, schreibt die „Köln. Arbeiter-
ztg.“ Nr. 18 vom 6. Mai, gleich herausfinden, daß
der Kinderreiche in früherer Zeit stärkere Berücksich-
tigung fand als heute. Ein Genossenschaftler, dessen
Stellung ihm ermöglicht, die Verteilungen der indirek-
ten Steuern weit zu überschauen, berechnete unlängst
in einer Konferenz, daß ein Arbeiter, der verheiratet
ist und mehrere Kinder hat, bei einem Jahresein-
kommen von 40 000 M gegen 10 000 M an direkten
Steuern aufzubringen hat. Das Notwendigste zum
Leben muß nämlich auch er kaufen und da heute alles
mit Steuern belastet ist, muß er beim Einkauf auch
die Steuern bezahlen. Und wenn er nun für sich,
seine Frau und vier Kinder Brot kauft, bezahlt er
dabei schmalzlos indirekte Steuern als der
jenige, der nur für seine eigene Person zu sorgen
hat. Ist das nicht im höchsten Grade ungerecht?

Selbstverständlich ist der Zustand unhaltbar, und
es ist dringend notwendig, auf Abhilfe zu tun.
Den Kinderreichen muß irgendein ausreißender Aus-
gleich gegeben werden. Zweierlei ist notwendig und
auch möglich. Erstens: die Familienzulagen, also
die Frauen- und Kinderzulagen, die den Verheir-
teten zu ihrem Lohn oder Gehalt gezahlt werden,
müssen von der Einkommensteuer befreit werden.
Die Familienzulagen sind ja nur ganz unzureichende
Beiträge zu den Kosten der Familie, und daß diese
Beiträge befreit werden, ist ein großes Unrecht.
Zweitens: wir halten — so faßt das genannte Or-
gan der katholischen Arbeitervereine fort — an dem
Vorschlag fest, daß die Kinderreichen entschädigt
werden müssen für die ungeheure Belastung, die die
Umsatzsteuer ihnen auferlegt. Wir hören den Ein-
wand, daß das technisch nicht durchführbar sei. Aber
uns scheint, man ist mit diesem Einwand immer allzu
schnell bei der Hand, wenn man Forderungen, denen
man sich sonst nicht verschließen kann, abwehren will.
Wenn man ihre Berechtigung zugeben muß, dann
kann man einfach, sie sind technisch nicht durchführ-
bar. Die Steuerbehörden sind doch sonst so findig,
wenn es heißt, neue Steuern zu bekommen. Sie
mögen ihre Findigkeit gefälligst auch einmal zeigen,
wenn es sich darum handelt, ungerechte Steuerwirkun-
gen abzumildern. Ein Weg wäre ganz sicher gang-
bar. Das neue Landessteuergesetz wird den Gemein-
den einen größeren Anteil aus der Umsatzsteuer
sichern. Man möge diesen Anteil um einen bestimm-
ten Prozentsatz über das notwendige Maß hinaus
erhöhen und die Gemeinden verpflichten, diesen
Prozentsatz des Anteils kinderreichen Familien zuzu-
führen. Warum soll das nicht möglich sein, da es
eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit ist. Mögen
die Steuerpolitiker einmal ernsthaft darüber nach-
denken, wie seine Ablehnung zu begründen ist.

Landwirtschaftliches.

60 Jahre Deutsche Bauernvereine.

Die Organisation der Deutschen Bauernvereine
bildet in diesem Jahre auf ein 60jähriges Bestehen
zurück. Der Deutsche Bauerntag in Ulm vom 18.
bis 22. Mai 1922 wird ein Erinnerungstag an die
Gründung der ältesten landwirtschaftlichen Organi-
sation des deutschen Volksgutes sein. Um die Mitte
des vorigen Jahrhunderts drohten dem Landvolke,
insbesondere den Bauern durch ihre isolierte und
vogelfreie Lage, durch die zunehmende Verschuldung,
die Mißstände aus dem Gebiete des landwirtschaft-
lichen Kreditwesens und Handels, sowie durch die
mangelhafte Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen
Interessen in den gesetzgebenden Körperschaften
schwere Gefahren. Dies erkannte mit weitschau-
dem Blick der Begründer des ersten Bauernvereins,
der populäre Bauernkönig Dr. Freyherz von Schor-
lemer-Alst, der mit den Bauern sympathisierte und dachte
und sich in jeder Beziehung den Verhältnissen anpaßte.
Im Jahre 1862 rief er in Westfalen den
ersten Bauernverein ins Leben.

Nach dem großen Vorbild des Westfälischen
Bauernvereins haben sich bald im Osten und Wes-
ten, im Süden und Norden unseres Vaterlandes
weitere Bauernvereine gebildet. Ueberall erlangten
sie sehr schnell eine große Bedeutung.
Die rasche und kraftvolle Entwicklung der Bauern-
vereine dürfte wohl an erster Stelle darauf zurück-
zuführen sein, daß sie nie eine einseitige Politik be-
trieben, daß sie vielmehr stets die Interessen des
Gesamtvolkes bei ihrer wirtschaftlichen Arbeit im
Auge hatten und sich in ihren Stellungnahmen weder
von der Regierung noch von irgend welchen politischen
Parteien ins Schlepptau nehmen ließen. So er-
klärte es sich auch, daß die Bauernvereine die ein-
zigsten Organisationen sind, die trotz der durch die
Kriegs- und Revolutionswirren veränderten politi-
schen Verhältnisse weder ihren Namen noch ihr
Programm ändern brauchten. Der Name „Bauern-
verein“ hat heute noch wie vor 60 Jahren denselben
guten Klang. Schorlemers Idee, daß die Organi-
sation des Landvolkes vom Bauernstand, der das
Rückgrat des Landvolkes darstellt, getragen sein muß,
ist durch die Geschichte der deutschen Landwirtschaft

lichen Organisationen bewiesen. Zurzeit bestehen in
Deutschland 27 Bauernvereine, die alle nach denselben
Grundprinzipien aufgebaut sind und als gemeinsame
Organisation die „Bereinigung der deutschen Bauern-
vereine e. V.“ haben.

Der deutsche Bauerntag in Ulm wird die größte
Rundgebung des deutschen Bauernstandes sein, die
das deutsche Reich in den letzten Jahrzehnten gesehen
hat. Als Redner werden Bauernführer aus Nord
und Süd, aus Ost und West zu Worte kommen. Mit-
glieder aller Bauernvereinsorganisationen werden in
großer Zahl auf der Tagung in Ulm vertreten sein.
So haben sich z. B. allein vom Schleswig-Holstein-
ischen Bauernverein über 1200 Bauern, die in zwei
Sonderzügen von Holstein nach Ulm fahren, für diese
Tagung angemeldet.

Vermischtes.

Tragischer Ausgang einer Wohnungsraumung.

Stettin, 5. Mai. In Reetz bei Arnswalde
sollte ein Gastwirt auf Veranlassung des Wohnungs-
amtes zwei Zimmer abgeben, um Platz für eine
obdachlose Familie zu schaffen. Der Gastwirt
erklärte, sich der Räumung mit Gewalt wider-
setzen zu wollen. Die Räumung sollte bereits
vor einigen Tagen vor sich gehen. Wegen der
Drohung des Gastwirts sah man jedoch zunächst
davon ab und es erfolgte eine Kommission, be-
stehend aus einem Polizeibeamten, einem Feld-
wächter und drei Arbeitern. Der Wirt empfing
die Leute, indem er Wasser die Treppe hinunter-
goß. Schließlich kam es zu einem Handgemenge,
in dessen Verlauf der Polizeibeamte einen Schuß
auf den Gastwirt abgab; dieser war sofort tot.

Ein schweres Bootunglück.

Berlin, 5. Mai. Nach einer Blättermel-
dung aus Memel wurden vor Libau vier Fischer
von einem Wirbelsturm überrascht, der das Boot
umwarf. Die Fischer hielten sich am Kiel des
geleierten Bootes fest. Naheinander verließen
drei von ihnen die Kräfte und sie verschwanden
in den Fluten, während der vierte Fischer
am nächsten Tage von einem Fischerboot in völlig
erschöpftem Zustande geborgen wurde.

Große Unterschlagungen eines Bekehrten.

Rüthenberg, 5. Mai. Bei einer Bank in
Rüthenberg ist seit vorgestern nachmittags ein 16-
jähriger Lehrling verschwunden, der folgende
Beträge mitgenommen hat: 1000 Dollar, 17 000
Francs belgische Noten, 1000 Francs französische
Noten, 1500 Lire italienische Noten, 1 Millionen
deutsch-österreichischer Notenscheine zu je 10 000
Kronen, 3060 Francs Schweizernoten.

Millionendiebstahl auf der Eisenbahn.

Greiz, 5. Mai. Man hat hier große Dieb-
stähle auf der Südbahn aufgedeckt, die in das
Jahr 1920 zurückreichen und einen Schaden von
150 Millionen ausmachen. Auf gefälschte Fracht-
briefe wurden Waggons mit Pflaumen, Reis und
Mehl während des Zurechtens nach der Bestim-
mungsstation gestohlen und die Ladungen in
Wien weiterverkauft. Zwei Waggons Pflaumen
mit der Bestimmung nach Magdeburg gingen
nach Hamburg. In die Bahndiebstähle sind vier
Staaten einbezogen: Österreich, Deutschland,
Jugoslawien (Ugram) und Italien (Triest).

Westfalen und Rheinland.

Reithe, 6. Mai. Das Ende einer Bierreise. Ein
Bergmann von hier hatte gestern mit einer Anzahl
Freunde eine Bierreise nach Gelsenkirchen gemacht.
Nachdem die Gesellschaft schon am Nachmittage auf
der Straße eine schwere Schlägerei angefangen hatte,
so daß die Schupo eingreifen mußte, wurde am Abend
der Bergmann Banger von einem der Beteiligten
im Verlaufe eines abermaligen Streites mit einem
Hadenstiel erschlagen. Der Täter wurde verhaftet.

Mengede, 6. Mai. Eine schwere Unfälle ver-
urteilte der Bergmann M. mit drei anderen Bergleuten.
Sie überfielen den jung verheirateten Bergmann
Schmalenbed in dessen Wohnung und fügten ihm
durch zahlreiche Messerstiche so schwere Verletzungen
zu, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Welfert, 6. Mai. Tödlich verunglückt ist am
4. d. M., vormittags gegen 7 Uhr, hier auf der
Ziechelsstraße, der Hilfskassier Willi Kollenberg.
Er versuchte, auf das Trittbrett eines fahrenden
Kraftwagens zu springen. Aufsteigend gelang ihm
dieses nicht, er kam zu Fall und geriet unter das
Hinterrad.

Wohwinkel, 6. Mai. 15 Millionen Mark Steuer-
irrtum. Im Kalenderjahr 1921 wurden im Bezirk
des hiesigen Finanzamtes über 15 Millionen Mark
an Geldstrafen, Straffteuern und Vermögenszu-
schlagung rechtskräftig festgesetzt. Die genannte Summe
bezieht sich lediglich auf Reichssteuern.

Bochum, 5. Mai. Vollbahnprojekt Bochum.
Herne - Lüdinghausen - Münster. Unter dem Vor-
sitz des Stadtkommissars Dieckhoff kamen hier die
Vertreter der an dem Bau einer Bahn von Bochum
über Herne, Lüdinghausen nach Münster interessierten
Kreise zusammen, um über Schritte für die Weiter-
verfolgung des Planes zu beraten. Es soll ein Ar-
beitsausschuß aus Vertretern der Städte und Gemein-
den Bochum, Herne, Datteln, Olfen, Lüdinghausen
und Münster, der Stadtkommissar Bochum und Mün-
ster, einem Vertreter des Bergbaues sowie dem Ver-
bandsdirektor des Siedlungsverbandes Ruhrkohlen-
bezirk gebildet werden. Die Bahn begreift die
Mitte des Industriebezirks mit der Provinzialhaupt-
stadt Münster zu verbinden.

Krefeld, 6. Mai. Oberbürgermeisterwahl. In
der Sitzung der Stadtverordneten wurde die Neuwahl

des Oberbürgermeisters vorgenommen. Bei der
Wahl wurden 60 Stimmzettel abgegeben, davon
entfielen auf Dr. Johannsen 39, sechs weiße Zettel
wurden abgegeben, die anderen Zettel lauteten auf
verschiedene Namen. Der Oberbürgermeister nahm
die Wahl an.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 8. Mai.

s. Der erste Maifsonntag. Der Mai hat
uns im 1. Sonntag des Monats einen Tag be-
schert, der seinem Namen alle Ehre macht. Die
Sonne lachte vom hohen Himmelsdome und ver-
anlaßte die Bevölkerung der Stadt, in Scharen
die im herrlichen Schmude prangende Natur auf-
zusuchen, um sich nach einem langen, harten Win-
ter an den Schönheiten in Wald und Feld wie-
der zu erfreuen. Der Frühling hat endlich mit
aller Macht seinen Einzug genommen. Die Obst-
bäume in ihrer Blütenpracht und die Saat im
Feld und das Jubelieren der besiedelten Be-
wohner des Waldes legen davon Zeugnis ab.
Wer könnte diesen Einwirkungen widerstehen und
nicht einstimmen in den Lobgesang, zu Ehren des
Schöpfers, der uns jedes Jahr mit dem herrlichen
Mai beglückt? Drum auf in Gottes freie, schöne
Natur!

c. Rath, Frauenbund. Es wird auch hier
darauf hingewiesen, daß die Vertrauensversam-
lungen, die sich mit Organisationsfragen und
Wahl des Bezirksvorstandes befaßt, im Arbeit-
rinnenhospital heute (Montag) für die Pfarre St.
Josef, Mittwoch für die Pfarre St. Georg und
Donnerstag für die Pfarre Liebfrauen statt-
finden.

s. Ein Revolververbrechen. Am Samstagabend
gegen 11 Uhr schoß ein Mann am Osterhof mit
einem Revolver auf einen Briefträger, ohne ihn
zu treffen. Darauf gab derselbe in der Oster-
straße mehrere Schüsse auf den Telegraphenarbei-
ter Giegeant aus der Münsterstraße ab, der
am Kopfe leicht verletzt wurde. Bei der Ge-
genwehr wurde ein Fencherscheibe eines benachbar-
ten Hauses zertrümmert. Zu derselben Zeit ist
eine Fensterscheibe eines Hauses in der Neustraße
mit einem Steine eingeworfen worden. Wahr-
scheinlich handelt es sich auch um denselben Täter.
Hoffentlich gelingt es der Polizei, den Revolver-
helden dingfest zu machen.

a. Die öffentlichen Arbeitsnachweise in Westfalen
und Lippe. Nach einer Mitteilung des Landesar-
beitsamtes Westfalen und Lippe waren bei den
öffentlichen Arbeitsnachweisen in Westfalen und
Lippe für den Monat März 1922 35 557 Arbeits-
suchende (davon 10 642 weibliche) gemeldet. Offene
Stellen lagen 31 791 (davon 8933 für weibliche Per-
sonen) vor. Von diesen offenen Stellen konnten
20 926 Stellen besetzt werden und zwar 16 924 durch
männliche und 4002 durch weibliche Personen. Ein
Mangel an geeigneten Kräften macht sich in der
Landwirtschaft bemerkbar. Von 3002 offenen Stellen
konnten nur 1368 besetzt werden.

s. Die Zahl der Erwerbslosen in Westfalen und
Lippe. In Westfalen und Lippe empfangen nach dem
Stande vom 19. April 1922 Erwerbslosenunterstüt-
zung insgesamt 136 Personen. Hierin ist die Zahl
der Erwerbslosen, die Unterstützung auf Grund des
Tabaksteuergesetzes beziehen, nicht enthalten. Er-
werbslose, die keine Unterstützung beziehen, waren
bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen insgesamt
3863 Personen gemeldet. Davon entfällt etwa 1/4
auf die ungelerneten Berufe.

r. Hemden-Sternen, 7. Mai. Landwirtschaft-
licher Ortsverein. Der letzte Termin zur
Regulierung der Brandbeiträge ist am Dienstag,
den 8. d. Mts., von 2 Uhr ab in der alten Schule
in Hemden für die Mitglieder aus Hemden, am
Mittwoch, den 10. d. Mts., ab 2 Uhr in der
neuen Schule in Sternen für die Mitglieder aus
Sternen.

Kirchliches.

Katholische Frauenpflege.

AB. Berlin, 6. Mai. Vom 18.—24. Mai
dieses Jahres tagt in Rom zum ersten Male nach
dem Kriege die internationale katholische
Frauenliga. Auch die fünf großen katholischen
Frauenorganisationen Deutschlands, die der Liga
angeschlossen sind, werden dabei vertreten sein
und zwar durch die Reichstagsabgeordnete Frau
Hedwig Dransfeld, die Landtagsabgeord-
neten Frau Maria Heßberger, Ministerial-
rät Helene Weber und Studienrat Gertrud
Wronka und durch Frau Gräfin Montge-
las. Zur Verhandlung stehen vor allem Kul-
turfragen, die in allen Ländern gleichmäßig die
Mitarbeit der katholischen Frauen erfordern.

Verantwortlich: für den politischen Teil Wilhelm
Schäfers, für den lokalen Teil und Feuilleton:
Joh. Temming, für den Anzeigenteil: Joh.
Remples, sämtlich in Bocholt.

Stenographenverein Cabelsberger.

Zu dem heute abend 8 1/2 Uhr beginnenden

Anfangsturlus

werden noch Anmeldungen im Vereinslokale entgegen-
genommen.

Theodor Eibing
nach vierzehntägiger schwerer Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 19 Jahren zu sich zu nehmen.
Die Seele des lieben Verstorbenen empfehlen wir dem Gebete der Gläubigen, besonders dem Priester am Altare.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Heinrich Eibing.
Bocholt, den 6. Mai 1922.

Bekanntmachung
betreffend die Ordnung betr. die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Wasserleitung.
Durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 4. d. Mts. ist die oben gen. Ordnung mit Wirkung vom 1. April d. J. in folgenden Punkten geändert worden:

Die Gebühr beträgt jährlich bei einem Wasserverbrauch von	2	3
0 - 100 M.	276,- M.	
101 - 200 "	444,- "	
201 - 300 "	540,- "	
301 - 400 "	588,- "	
401 - 500 "	648,- "	
501 - 600 "	696,- "	
601 - 700 "	744,- "	
701 - 800 "	792,- "	
801 - 900 "	840,- "	
901 - 1000 "	888,- "	
1001 - 1250 "	900,- "	
1251 - 1500 "	1008,- "	
1501 - 1750 "	1140,- "	
1751 - 2000 "	1380,- "	
2001 - 2250 "	1440,- "	
über 2250 "	1536,- "	

2. Für Warten und Höfe, falls besondere Einrichtungen zur unmittelbaren Benützung vorhanden sind, für jeden Hydranten oder Zapfhahn 30 Mark.
3. Für Springbrunnen bei einer Ausflußweite des Rohres bis zu 2,5 m — 400 Mark.
4. Die Besitzer von unter 1, 2 und 3 genannten Gebäuden haben zu zahlen:

1. eine Grundbesitzer von 1000 Mark. Bei Fabriken, die über 150 Arbeiter beschäftigen, beläuft sich die Gebühr auf 2000 Mark. Der Anschlußinhaber ist jedoch berechtigt, für den Betrag der Gebühr Wasser nach dem Maße von 400 M. für ein Jahr zu entnehmen. Die Gebühr beträgt für den weiteren Wasserverbrauch 320 M.	2.
Unter Wegfall der den bisherigen Staffeltarif beizulegenden Sätze ist hier neu eingefügt:	
Ein industrieller Betrieb liefert das Wasserwerk regelmäßig nur das Wasser, welches zu Reinigung- und Kesselheizungszwecken notwendig ist. Wenn ein industrieller Betrieb Wasser in größeren Mengen entnehmen, so ist von Fall zu Fall ein Uebereinkommen mit dem ersten Bürgermeister zu treffen. Ob der Verbrauch eines industriellen Unternehmens zu den normalen oder zu besonderen Bedingungen erfolgen soll, entscheidet der Erste Bürgermeister nach Anhörung der Deputation für die städt. Betriebswerke.	

Für den Wassermesser ist eine jährliche Wassermessergebühr zu zahlen. Die Sätze betragen:	2
bei 15 mm Wassermesser pro Jahr M. 60,-	
" 20 " " " " 96,-	
" 25 " " " " 120,-	
" 30-50 mm " " " 240,-	
" 50-75 " " " 720,-	
" 75-100 " " " 960,-	

Bekanntmachung.
In Ausführung des Gesetzes vom 7. August 1911 betr. die Beschulung blinder und taubstummer Kinder werden sämtliche Eltern und gesetzliche Vertreter hierdurch aufgefordert, alle blinden und hochgradig schwachsehbaren Kinder, die das 4. Lebensjahr bis zum 1. Juli d. J., alle taubstummen, stummen sowie hochgradig schwerhörigen Kinder, die das 5. Lebensjahr bis zum 1. Juli d. J. zurückgelegt haben, bis zum 20. Mai d. J. im Verwaltungsgebäude Marktplatz 4, Zimmer Nr. 19, zur Anmeldung zu bringen.
Bocholt, den 6. Mai 1922.
Der Erste Bürgermeister.

Tüchtiger Heizer
gesucht.
Joh. Borgers, Wattlefabrik.

Solider Chauffeur
für Last- und Personwagen per sofort gesucht.
Deselbe muß unbedingt sicher im Fahren sein und kleine Reparaturen selbständig ausführen können.
Offerten unter C. 2994 a. d. Geschäftsst. b. 21.

sucht Kaufmann mit Kapital
zwecks Beteiligung an Eisengießerei und Maschinenfabrik.
Feste Aufträge anhand. Eventl. Interessengemeinschaft mit anderer Firma.
Offerten unter C. H. 4781 an die Annonc. Exped. Friedr. Schach, Duisburg.

Militär - Wagenräder.
Ständiger großer Lagerbestand in 10 verschiedenen Größen und Felgenreifen.
Ferner:
Wagenbeschläge in Stahl und Holz, lange und kurze Wagenschwengel, leichte Dingerkarren und Pongkarren, neue Schleifsteine in allen Größen.
Billigste ab Lager lieferbar.
Johann Wedding, Rhede
Deichstraße 4. Telefon 57.

Bekanntmachung
Auf Anordnung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe ist das künftige Notgeld zu 25 und 50 Pf. bis zum 30. Juni d. J. aus dem Verkehr zu ziehen und verliert mit diesem Tage seine Gültigkeit als Zahlungsmittel.
Die im Umlauf befindlichen Scheine müssen bis spätestens 10. August 1922 bei den städtischen Kassen zur Einlösung vorgelegt werden.
Bocholt, den 5. Mai 1922.
Der Erste Bürgermeister.

Elektrizitätsversorgung der Gemeinde Rhede.
Es wird darauf hingewiesen, daß die Anmeldungen für den Anschluß an das elektrische Niederspannungsnetz der Gemeinde Rhede bis spätestens 15. Mai d. J. erfolgt sein müssen, wenn die Zuleitungen und die Anbringung der Hausanschlußleitungen auf Kosten der Gemeinde Rhede erfolgen sollen. Bei allen späteren Anmeldungen sind diese Kosten ganz vom Abnehmer zu zahlen. Die Anmeldungen haben im Amtshause (Zimmer Nr. 1) nach dem vorgeschriebenen Anmeldeformular zu erfolgen.
Zur Klarstellung sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß alle früheren Anmeldungen, die gelegentlich einer Rundfrage oder sonst gemacht worden sind, nur als vorläufige Anmeldungen gelten und keine Gültigkeit haben.
Bei dieser Gelegenheit wird auch noch einmal darauf hingewiesen, daß die Ausführung der inneren elektrischen Einrichtungen nur den von der Gemeinde zugelassenen, mit einem Berechtigungschein der Gemeinde versehenen Installateuren überlassen ist.
Rhede, den 4. Mai 1922.
Der stellv. Amtmann: Dr. Wegmann.

Beschluß.
Nachdem Einsprüche gegen die beabsichtigte Verlegung bzw. Einziehung des öffentlichen Weges zwischen dem Gehöft des Kolonen Anton Treppmann gt. Wittenborn in Nordweien und des Alerers Josef Niehus gt. Schipper, daselbst, nicht erhoben sind, wird gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 — G. S. S. 237 — die Verlegung bzw. Einziehung hiermit beschlossen.
Bocholt, den 1. Mai 1922.
Die Wegpolizeibehörde.
Seide, Amtmann.

Bekanntmachung: Amt Rhede.
Der Etat des Amtes Rhede sowie die Etats der Gemeinden des Amtes Rhede mit Ausnahme der Gemeinde Rhede für das Rechnungsjahr 1922 liegen vom 15. Mai 1922 ab 14 Tage lang zur Einsicht aller Einwohner im Amtshause offen.
Rhede, den 2. Mai 1922.
Der stellv. Amtmann: Dr. Wegmann.

Velhagen & Klasing's Kleiner Handatlas
in 108 Kartenseiten.
Herausgegeben von Dr. Ernst Ambrosius.
Vorrätig bei
J. & A. Temming, Bocholt.

Apollo-Theater.
Heute (Montag) zum letzten Male.
Die Fortsetzung des größten amerikanischen Zirkus-Sensationsfilms:
„Der Zirkustönig“
in 6 Epochen — 36 Akte.
3. Episode: Die Schmugglerin
6 Akte.
mit Hall (Eddie Polo) und Butch.
Wanda Tremann
in dem großen Film:
„Das Grab ohne Toten“.
Wunderbares Drama in 6 Akten aus der Sensationsreihe:
„Die Frau mit den 10 Masken.“
Harry Iernt Billardspielen.
Luftspiel in 2 Akten.

Rechtsschutzstelle für Frauen
erteilt unentgeltlich Rat und fertigt Schriftsätze an in allen vor kommenden Angelegenheiten, besonders auch in Steuerfragen.
Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 6-7½ Uhr
Langenbergstraße 16.

Höchste Preise ZAHNGEBISSE
Gebisse bis 25000 Mark
2230 Zähne bis 120 Mark
Brennstifte bis 600 Mark
Nur Montag, 8. Mai im Hotel zur Post
9-5 Uhr

Wir haben 4 (doppelbreite) wenig gebrauchte, gut erhaltene Unterschlagentühle im Tausch gegen Oberschlagentühle abzugeben.
Wo sagt die Geschäftsstelle.

Breaks Tilburys Kutschkarren
mit und ohne überdachten Kutschereis, weit und bequemspurig.
Dogsaris, Halbtonneauz, Tonneauz, Jagdwagen mit u. ohne amer. Vordeck, Halbverdecke bestfährer usw.
Walter Fischer,
Kaiserling 20, Wesel. Fernspr. 821.
Handlung in Gocheltz, Gals- u. Luxuswagen, Größtes Geschäft am Niederrhein. (18802m)

Läuse Wanzen
Befallen Sie unter Garantie
1. Preis 3 Pfennig, 2. Preis 20.

Ein Mädchen
für die Landwirtschaft in frauenleeren Haushalten gel.
Joh. Köster, Willenhorst, 151643. Post Wehboog.

Mädchen
für Küche und Haushalt gesucht u. 15. Mai oder später.
Fr. Carl Iser, d2973. Schwarzstr. 13.

Glänzende Erfindung!
Erfolgreiches **Fahrrad-Geschäft**
sollert zu verkaufen.
Offerten unter C. 3024 an die Geschäftsst. erbeten.

Geige
zu kaufen gesucht.
Offerten unt. B. 100 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.
Blauer Anzug
wie neu, Größe 1,65 m, 1 Cutawen
zu verkaufen. (176m) Nordallee 80.

Motorrad
Wanderer oder H.C.U. zu kaufen.
Offerten mit genauer Angabe an die Expedition d. Bl. unter B. 1719.

Ackerwagen
abzugeben.
30039. Näheres Geschäftsstelle und bei Joseph Heinrichs, Rhede.

Häckselmachine
und ein 4" Mähdrescher, wie überdacht, abzugeben.
Wwe Bernh. Alenhaus, 30087. Hofg. 72.

Bestellungen
auf Gluden mit Ruten nehme laufend entgegen.
Ank. Ter. 28, d2850. Dingden. Tel. Amt Wingenberg 28.

Stierfäls
zu verkaufen oder gegen ein Mutterfäls zu vertauschen.
Näheres Geschäftsstelle.

Kath. deutscher Frauenbund.
Zweigverein Bocholt.
Vertrauensfrauenversammlung
im Arbeiterinnenhof.
Tagesordnung:
1. Organisationsfrage
2. Wahl des Bezirksverbandes für die Pfarre St. Joseph Montag, den 8. Mai, für die Pfarre St. Georg Mittwoch, den 10. Mai, für die Pfarre St. Marien Donnerstag, den 11. Mai.
Der Vorstand

Städt. freiwillige Feuerwehr Bocholt
M. Montag, d. 8. Mai, abends punkt 8½ Uhr
Übung.
Anschließend Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag.
2. Verschiedenes.
Näheres Geschäftsstelle wird erwartet.
Der Branddirektor.

Korsett-Unterfertigung
nach Maß, auch bei Stoffzugabe, neue moderne elegante Formen, R. mit Goldbünde, 11. Korsetts, R. für starke Damen, bequeme guttende Korsetts, Reform-Korsetts, Nachsch. u. Kinder-R. und Kissen. Näheres Geschäftsstelle. (1m) Frau Schauss, Mohlenstr. 19, I. Etg.

Spörgel-Samen, Lupinen, Geradella.
Näheres Geschäftsstelle.

Kleinen Mais, grohen Mais, Maismehl, Gersten-Zuttermehl, Weizen-Kleie, gelagene Linjen, Gerste.
Fritz Blömker.

Auto-Fahrten.
Mols Benker.

Wie die B...
die Entscheidung...
Konferenz fort...
Verhandlungen...
Resultate erzie...
Stillschanden ge...
nimmt jetzt die...
zwar die Antw...
richtete Memor...
Diensttag die...
hem Sinne sie...
nicht der Desfi...
den. Die Anfr...
geben werden...
Zeitungsbereic...
Denkschrift befi...
richtigerfasser...
haben, daß die...
gen stellen wer...
Rußland ohne...
2. Werden die...
sein, daß die a...
digt werden, ob...
Rußland auch...
wiederhergestell...
gewigt, Rußlan...
wenn ja, wie la...
neigt, Rußland...
welcher Höhe?...
Bedingungen in...
der Russen dar...
Die Lage in...
gen durch die S...
bekanntlich erklä...
in der Frage der...
fierten belgischen...
hat durch Zasp...
gegen die im Me...
schlagene Fassung...
schwerwiegende...
Interessen Belgi...
auf über 100 M...
men beteiligt sei...
gegenüber die...
die Fassung de...
würden. Grob...
Interessen in Ru...
bündelten müßten...
von Cannes hat...
daß Rußland d...
oder den Gegen...
Vorschlag lasse...
dürfe von Rußl...
von der Tischsch...
die neuesten Na...
sien und Frankr...
gationen auf ih...
sch also zwei gr...
und eine einheit...
der russischen An...
Stunde unmöglich...
Was uns die...
wird, liegt bun...
alle den Mäherfor...
enzen gezeitigt...
daraus verspreche...
Ansicht deutscher...
augenblicklichen...
und England ha...
wollen. Die Erfal...
sicht gemacht hab...
gelsen, daß die...
den Ländern nur...
orge wird auf fei...
um mit Deutschlan...
Die konservativen...
sein Schritt zum...
ein guter Vermittl...
den einzelnen Län...